

**N I E D E R S C H R I F T****6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.03.2019	
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	18:42 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle- SPD		
stimmberechtigte Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg- SPD		
Dagmar Hildebrand- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nico Berner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Stefan Krause- CDU		
Sandra Odendahl- SPD		
Claudia Petereit- Die Unabhängigen		
Simone Stojan- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Horst Wargenau- CDU		
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Herrn Thomas Grams
Jürgen Wecker- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen- Lübecker Jugendring		
Filip Krubeck- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter
Renate Paulien-Wittmaack- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Herrn Jose Maria Bernet
beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Rafael Jancen- Forum für MigrantInnen		
Juanna Khalo- Vertretung der Jugend		
Juleka Schulte - Ostermann- Stadelternvertretung		
Christian Weise- Kreiselterntvertretung		
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4		
Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		

Verwaltung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	
Mona Gippert- 4.401 Schule und Sport	
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Jens Lindemann-	
Ulrike Neumann- 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	
Petra Schmittner- 1.160 Frauenbüro	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	
Sonstige Personen	
Anne Heynatzky- Frauennotruf	
Thomas Karrenbrock- SPD	
Daniel Kerlin- FDP	
Andreas Müller- Die Linke	
Lukas Leitner- Vertretung der Jugend	
Beiratsmitglieder	
Bärbel Moeller- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring Die Johanniter	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Anliegen der Jugend
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Mitteilungen der Verwaltung
3.1.1.	Kindertagespflege Elternbefragung
3.1.2.	Kinder- und Jugendbeteiligung zum Standort Jugendtreff Schlutup
3.1.3.	Schulsozialarbeit und weitere Angebote an Schule
4.	Beschlussvorlagen
4.1.	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Bestandserhebung 2018/19 und Maßnahmenplanung 2019/20 ff. Vorlage: VO/2019/07088
5.	Berichte
5.1.	mündlicher Bericht zum Thema "Mama lernt Deutsch"
5.2.	mündlicher Bericht zum Bundesprogramm "Kita-Einstieg"
5.3.	Mädchenarbeit und Jungenarbeit in Lübeck - Empfehlungen für die Qualität Vorlage: VO/2019/06985
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	CDU: Erfolgreich starten - Inklusionsgruppe in der Kita-Klipperstraße Vorlage: VO/2019/07023
6.2.	Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07023 CDU: Erfolgreich starten - Inklusionsgruppe in der Kita-Klipperstraße Vorlage: VO/2019/07104
6.3.	CDU: Bau neuer Kitas Vorlage: VO/2019/07025
6.4.	Fraktion Freie Wähler & GAL: Graffiti Sprühwand in Lübeck Buntekuh Vorlage: VO/2019/07020
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern

8.	Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

9.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
10.	Berichte
11.	Beschlussvorlagen
12.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Puhle eröffnet die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Puhle entschuldigt Frau Senatorin Weiher, die heute krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Herr Puhle weist darauf hin, dass ein Ausschussmitglied verpflichtet werden muss und bittet die Anwesenden sich zu erheben. Er verliest die Verpflichtungsformel: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Danach gibt er Frau Paulien-Wittmaack die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie!“

Herr Puhle schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.2 und 6.3 zusammen mit 4.1 zu behandeln. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle schlägt vor, den Überweisungsantrag „Graffiti Sprühwand in Lübeck Buntekuh“ aus der Bürgerschaft als Dringlichkeitsantrag unter TOP 6.4 auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Überweisungsantrag wurde als Tischvorlage umverteilt.

Herr Puhle lässt über die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 6.4. abstimmen.

Der Ausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig zu.
Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Der Vorsitzende fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende fragt, ob es Anmerkungen zum nichtöffentlichen Teil der Niederschrift oder Anfragen unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall. Somit entfällt der nichtöffentliche Teil.

Die Tagesordnung wird damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1.1 Kindertagespflege Elternbefragung

Herr Jürgensen teilt mit, dass die Elternbefragung zur Zufriedenheit mit der Kindertagespflege stattgefunden und es ein gutes Drittel Rückläufer gegeben hätte. Die Auswertung hätte begonnen und es werden voraussichtlich in der Mai-Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Ergebnisse präsentiert werden können.

zu 3.1.2 Kinder- und Jugendbeteiligung zum Standort Jugendtreff Schlutup

Herr Puhle bestätigt, dass geplant war, die März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Zollhaus in Schlutup abzuhalten. Die Kinder- und Jugendbeteiligung sei jedoch noch nicht abgeschlossen und es gäbe daher noch keinen abschließenden Bericht.

Frau Petereit erklärt, dass es durch den nicht eingehaltenen Zeitplan Irritationen gab, aber Frau Hildebrand zeigt Verständnis für die Verschiebung des Berichtes.

Frau Möller teilt hierzu mit, dass es im Dezember 2018 einen mündlichen Zwischenbericht gegeben habe und inzwischen eine Umfrage und Workshops an der Schule stattgefunden hätten. Da es aber zur Zeit keinen alternativen Standort gäbe, habe eine abschließende Beteiligung noch nicht stattfinden können.

Herr Puhle teilt mit, dass es im Rahmen der Standortsuche zahlreiche Objektprüfungen sowie Gespräche mit Vermietern gegeben hätte, es aber derzeit keine Alternative gäbe.

Herr Puhle führt auf Nachfrage von Herrn Berner aus, dass die Beschlusslage so sei, dass das Zollhaus am jetzigen Standort verbleiben würde, sofern kein anderer Standort ermittelt werden könne.

zu 3.1.3 Schulsozialarbeit und weitere Angebote an Schule

Frau Albrecht teilt mit, dass zur Juni-Sitzung des Jugendhilfeausschusses über die Schulsozialarbeit und weitere Angebote an Schulen berichtet werden solle. Es würde nicht reichen, lediglich die Anzahl der Schulsozialarbeiter-Stellen unter den Städten zu vergleichen. Es gäbe ein ganzes Netz an Hilfen wie z. B. die Kooperative Erziehungshilfe, festangestellte Schulbegleiter, Erzieher in Schule oder Soziale Gruppen im Ganztage in Schule.

Frau Hildebrand, Frau Schulte-Ostermann und Frau Albrecht nehmen nochmal Bezug auf den Zeitungsartikel und den Bericht der Verwaltung aus der letzten Sitzung.

Herr Puhle erklärt, dass zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit im nächsten Haushalt eingestellt werden sollen.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Bestandserhebung 2018/19 und Maßnahmenplanung 2019/20 ff. Vorlage: VO/2019/07088**

Frau Heidig berichtet anhand einer Power Point Präsentation zur Jugendhilfeplanung. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Frau Heidig weist darauf hin, dass auf Seite 7 der Vorlage ein kleiner Fehler entstanden ist. Zu Beginn des letzten Absatzes muss es heißen, dass an 6 Standorten 8 Hortgruppen angeboten werden.

Herr Puhle bedankt sich bei Frau Schulte-Ostermann für die vorherige Übersendung diverser Fragen zur Jugendhilfeplanung. Diese Fragen wurden als Tischvorlage umverteilt.

Frau Heidig und Herr Jürgensen beantworten die Fragen. Frau Heidig geht auf die Stellungnahme des Frauenbüros ein und nimmt Bezug zur Präsentation. Die als mittel- und langfristige formulierten Versorgungsziele sind als vorläufige Etappenziele zu verstehen, die entsprechend des Ausbaus und des Bedarfs angepasst werden. Die für den fortlaufenden Ausbau notwendigen Mittel werden rechtzeitig jährlich entsprechend der Maßnahmenplanung im Haushalt eingeplant.

Herr Jürgensen erläutert, dass Daten aus dem Kita-Portal in die Bedarfsplanung einfließen.

Zur Kindertagespflege beantwortet Herr Jürgensen die gestellten Fragen. Er erläutert, dass die Tagespflegepersonen selbstbestimmt tätig sind und es daher keine Gruppenstrukturen wie in Kindertageseinrichtungen gibt. Aus dem gleichen Grund können auch keine Aussagen zum Platzangebot in der Tagespflege getroffen werden.

Zur Vermutung, dass in der Kindertagespflege ungenutzte Kapazitäten brach liegen, erläutert Herr Jürgensen, dass die Stadt ergänzend zu einer wöchentlich 40stündigen Betreuung grundsätzlich keine weiteren Kapazitäten in den Randzeiten forciert, um die notwendigen Erholungszeiten der Tagespflegepersonen nicht zu gefährden. In der Kindertagespflege werden von 280 Tagespflegepersonen rund 1.200 Kinder betreut, eine Tagespflegeperson betreut durchschnittlich 4 Kinder mit jeweils 30 Wochenstunden.

Die Hansestadt Lübeck führt laufende Gespräche mit Wohnungsbaugesellschaften mit dem Ziel, dass Wohnungen auch für die Tagespflege bereitgestellt werden. Im Übrigen muss auch hier auf die selbständige Tätigkeit der Kindertagespflege hingewiesen werden.

Die Hansestadt Lübeck hat sich erfolgreich zum Bundesprogramm „ProKindertagespflege“ beworben. Im Rahmen des Bundesprogramms wird u.a. das Thema „Vertretungsregelung“ bearbeitet.

Bei der Kinderbetreuung in der Ostseestraße handelt es sich um eine Einrichtung nach § 44 Asylgesetz, sie steht somit nur BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung. Gleichwohl wird die Kinderbetreuung nach den Standards des Kindertagesstättengesetzes (u.a. Fachkraft/Kind Schlüssel, Gruppengrößen) betrieben.

Herr Karrenbrock (Kindertagespflege Lübeck e.V.) und Herr Müller (Die Linke) melden sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Karrenbrock und Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Heidig und Herr Jürgensen beantworten diese Nachfragen.

Auf Nachfragen von Herrn Weise und Frau Petereit antwortet Frau Heidig.

Herr Kerlin (FDP) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Aufgrund der Nachfrage zur Erstellung einer geschlechtergetrennten Übersicht entsteht eine Diskussion und Frau Heidig, Frau Hildebrand und Frau Schulte-Ostermann sprechen.

Herr Puhle fragt nach, ob der TOP 6.1 sich durch die Vorstellung der Jugendhilfeplanung erledigt hätte. Frau Hildebrand bejaht dies und erklärt den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Herr Puhle schlägt vor, den TOP 6.2 mit der Vorlage VO/2019/07104 zurückzustellen und in den Prozess Aufwachsen in Lübeck aufzunehmen.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Zum TOP 6.3 hätte Frau Petereit Bedenken, ob der Bedarf von viergruppigen Kindertageseinrichtungen überhaupt vorhanden sei. Frau Heidig schlägt vor, den Antragstext dahingehend zu ändern, dass möglichst viergruppige Kitas neugebaut werden und nicht mindestens. Eine Diskussion über den Erhalt der Trägervielfalt entsteht. Es sprechen Frau Schulte-Ostermann, Frau Hildebrand, Herr Kerlin, Frau Eitel, Frau Heidig, Herr Weise und Frau Blankenburg.

Herr Puhle schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass „mindestens“ durch „möglichst“ ersetzt wird und lässt über den geänderten Antrag VO/2019/07025 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Weiterhin lässt Herr Puhle über die Beschlussvorlage unter TOP 4.1 mit der Vorlage VO/2019/07088 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 5 **Berichte**

zu 5.1 **mündlicher Bericht zum Thema "Mama lernt Deutsch"**

Frau Gippert berichtet anhand einer Power Point Präsentation über das Projekt „Mama lernt Deutsch“. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Frau Gippert beantwortet eine Nachfrage von Frau Stojan, wie die Kontakte zu den Frauen hergestellt werden. Des Weiteren beantwortet Frau Gippert eine Nachfrage von Herrn Berner zu dem Prüfungs-Niveau.

Frau Schmittner ergänzt, dass diese Anregungen an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weitergegeben werden könnten.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 mündlicher Bericht zum Bundesprogramm "Kita-Einstieg"

Frau Schmidt (BQL) berichtet anhand einer Power Point Präsentation zum Bundesprogramm „Kita-Einstieg“ und erläutert hierzu, dass die Erfahrungen in die Jugendhilfeplanung einfließen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Mädchenarbeit und Jungenarbeit in Lübeck - Empfehlungen für die Qualität
Vorlage: VO/2019/06985**

Herr Lindemann (Schulsozialarbeit) und Frau Heynatzky (Frauennotruf) stellen sich vor und berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über die Mädchenarbeit und Jungenarbeit in Lübeck. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Frau Schmittner bedankt sich bei allen Beteiligten dieses Prozesses; Frau Eitel schließt sich an, hat aber auch inhaltliche Fragen, die von Herrn Lindemann beantwortet werden.

Frau Stojan, Frau Heynatzky, Frau Reichel und Herr Lindemann machen deutlich, dass digitale Gewalt ein immer größeres Thema werde und dies auch geschlechtsspezifisch betrachtet werden müsse.

Herr Müller stellt Fragen zu dem Prozess, die von Frau Schmittner und Herrn Puhle beantwortet werden.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 CDU: Erfolgreich starten - Inklusionsgruppe in der Kita-Klipperstraße
Vorlage: VO/2019/07023**

Gemäß Beschluss unter TOP 1 wird dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit TOP 4.1 beraten. Ergebnis siehe Protokollierung unter TOP 4.1

**zu 6.2 Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07023
CDU: Erfolgreich starten - Inklusionsgruppe in der Kita-Klipperstraße
Vorlage: VO/2019/07104**

Gemäß Beschluss unter TOP 1 wird dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit TOP 4.1 beraten. Ergebnis siehe Protokollierung unter TOP 4.1

zu 6.3 CDU: Bau neuer Kitas
Vorlage: VO/2019/07025

Gemäß Beschluss unter TOP 1 wird dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit TOP 4.1 beraten. Ergebnis siehe Protokollierung unter TOP 4.1

zu 6.4 Fraktion Freie Wähler & GAL: Graffiti Sprühwand in Lübeck Buntekuh
Vorlage: VO/2019/07020

Frau Reichel macht deutlich, dass sie mit dem Antrag nicht glücklich sei. Die Jugendarbeit sei sowieso bei der Erstellung legaler Graffiti beteiligt, da dies meistens über ein Projekt erfolge. Flächen zum Besprühen zu finden sei aber nicht unbedingt die Aufgabe der Jugendarbeit, sondern eher des Bereiches Liegenschaften oder Gebäudemanagement und somit im Bauausschuss besser angesiedelt. Frau Reichel erklärt, dass dieser Antrag aufgrund eines Berichtes im Kulturausschuss entstand.

Derzeit gäbe es zusammen mit Schule und Sport und dem GMHL bereits Planungen zur Schaffung von legalen Graffiti-Flächen in ganz Lübeck und nicht nur in Buntekuh.

Auf eine Nachfrage von Herrn Puhle erklärt Frau Reichel, dass wahrscheinlich in der 2. Jahreshälfte genauer darüber berichtet werden könnte.

Herr Puhle schlägt vor, den Antrag in die 2. Jahreshälfte zu schieben und Frau Reichel ergänzt, dass es sinnvoll wäre, ihn in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss zu behandeln.

Der Ausschuss widerspricht der Vertagung des TOP nicht.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Frau Petereit weist auf die von ihr eingereichte Vorlage VO/2019/07292 hin, die sie vor der Sitzung eingestellt hätte.

Herr Puhle und die Geschäftsführung erwidern, dass sie keine Kenntnis von der Vorlage hätten. Herr Puhle ergänzt, dass der Hinweis unter TOP 1 hätte erfolgen müssen, um nachgetragen zu werden. Die Tagesordnung wurde unter TOP 1 ohne den Antrag von Frau Petereit beschlossen. In Anbetracht der Tatsache, dass bereits einige Ausschussmitglieder die Sitzung verlassen hätten, schlägt Herr Puhle vor, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

zu 8 Verschiedenes

Herr Jürgensen kündigt an, dass Mitte Mai der Verbund Kindertagespflege ein Jubiläum feiert und dass entsprechende Einladungen folgen.

Frau Petereit regt an, dass wenn in größeren Wohngebieten Kindertageseinrichtungen gebaut werden, auch über die Einrichtungen eines Jugendtreffs nachgedacht werden müsse.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 9 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

zu 10 Berichte

Es liegt nichts vor.

zu 11 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 12 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Öffentlicher Teil:

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 29. Mai 2019

Jörn Puhle
Vorsitzende/r

Frau Sabine Schulz
Protokollführung

**N I E D E R S C H R I F T****7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.05.2019
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Jörn Puhle- SPD

stimmberechtigte Mitglieder aus der Bürgerschaft

Kristin Blankenburg- SPD

Dagmar Hildebrand- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nico Berner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Stefan Krause- CDU

Sandra Odendahl- SPD

Claudia Petereit- Die Unabhängigen

Horst Wargenau- CDU

Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring

Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände

Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände

Britta Ingwersen- Lübecker Jugendring

beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt

Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE

Juleka Schulte - Ostermann- Stadelternvertretung

Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt

Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4

Stellvertreter

Maria Köhler-Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Frau Simone Stojan

Renate Prüß- AG freier Wohlfahrtsverbände AWO
Schleswig-Holstein

Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker

Verwaltung

Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Marc Claßen- 4.510 Familienhilfen/Jugendamt	
Christiane Möller- Beteiligungsbeauftragte	
Ulrike Neumann- 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	
Petra Schmittner- 1.160 Frauenbüro	
Sabine Schulz- 4.513 - Jugendarbeit	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	
Herbert Wiegert- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	
Gäste	
Martina Bordukat- AWO	
Daniel Kerlin- FDP	
Katja Mentz- FREIE WÄHLER & GAL	
Andreas Müller- Die Linke	
Dipl.-Psych. Teresa Siefer- Mitglied der Fachgruppe HZE	
Beiratsmitglieder	
Bärbel Moeller- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Simone Stojan- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring Die Johanniter	- entschuldigt -
Jürgen Wecker- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Rafael Jancen- Forum für MigrantInnen	- entschuldigt -
Juanna Khalo- Vertretung der Jugend	- entschuldigt -
Christian Weise- Kreiselternvertretung	- entschuldigt -
Verwaltung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	- entschuldigt -
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 21.02.2019
3.	Anliegen der Jugend
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Anfrage des Ausschussmitglieds Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Jugendarbeit in Schlutup Vorlage: VO/2019/07297
4.2.	AM Jörn Puhle: Kindertagespflege Vorlage: VO/2019/07499
4.3.	AM Jörn Puhle: Budgetgespräche Vorlage: VO/2019/07497
4.4.	Mitteilungen der Verwaltung
4.4.1.	Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder
5.	Berichte
5.1.	mdl. Bericht Öffentlichkeitsarbeit im Pflegekinderwesen
5.2.	mdl. Bericht Sachstand Unterhaltsvorschuss
5.3.	Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2010 - 2018 Vorlage: VO/2019/07287
5.4.	Bericht Ganzttag an Schule: Kommunale Förderung in der SEK I und an Förderzentren in der Hansestadt Lübeck Jugendorientierte Ganzttagsschulentwicklung in Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern Vorlage: VO/2019/07480
5.5.	Bericht Beteiligung von Kinder und Jugendlichen zum Standort Jugendarbeit Schlutup Vorlage: VO/2019/07481
5.6.	Jugendtreff AWO Zollhaus - Bericht Standortsuche Vorlage: VO/2019/07504
6.	Beschlussvorlagen

7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.1.	DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992 Vorlage: VO/2019/07052
7.1.1.	Bericht zum Antrag der Fraktion: DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992 Vorlage: VO/2019/07052-01
7.2.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06759 behandelt in der Sitzung vom 29.11.2018 mit TOP 5.18. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag der Freien Wähler & GAL und FDP: Austausch Antrag zu VO/2018/6750 [Freie Wähler & GAL: Ganzjährige Aufnahme von Kindern in städtischen Kitas ermöglichen] Vorlage: VO/2019/07223
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.1.	Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung zu VO/2019/07088 Vorlage: VO/2019/07292
8.2.	AT zu VO/2019/07323 Antrag der AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen), Thorsten Fürter und André Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen), Katjana Zunft (Die Linke) und Thomas Misch (FW/GAL): Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung zu VO/2019/07088 Vorlage: VO/2019/07328
9.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Puhle eröffnet die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Puhle weist darauf hin, dass Ausschussmitglieder verpflichtet werden müssen und bittet die Anwesenden sich zu erheben. Er verliest die Verpflichtungsformel: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Danach gibt er Frau Köhler-Kleyer und Frau Siefer die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie!“

Herr Puhle erklärt zu TOP 4.1, dass die mündliche Beantwortung bereits in der letzten JHA-Sitzung am 07.03.2019 erfolgt sei und die schriftliche Beantwortung mit der Niederschrift zur heutigen Sitzung erfolgen wird.

Herr Puhle erklärt, dass die Anfragen zu TOP 4.2 und 4.3 und der Überweisungsantrag zu TOP 7.2 in der nächsten Sitzung am 06.06.2019 zu behandelt werden.

Herr Puhle schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5.4 in der Sitzung am 22.08.2019 gemeinsam mit dem Bericht Jugendarbeit zu behandeln. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle schlägt weiterhin vor, die Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.6 in der Sitzung am 06.06.2019 zu behandeln, da die Vorlagen erst sehr spät veröffentlicht wurden. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende fragt, ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall. Somit entfällt der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Die Tagesordnung wird damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen festgestellt.

Herr Puhle teilt mit, dass die JHA-Sitzung am 05.09.2019 ausfällt. Es wird eine JHA-Sitzung am 22.08.2019 angesetzt, die den Schwerpunkt „Bericht Jugendarbeit“ haben wird. Im September wird am 19.09.2019 aufgrund gemeinsamer Themen wie Ganztage an Schule, Schulsozialarbeit und evtl. Jugendberufsagentur eine gemeinsame Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss stattfinden. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

zu 2 Niederschriften vom 21.02.2019

Es liegt ein schriftlicher Änderungsantrag von Frau Schulte-Ostermann zu TOP 4.2 – Ganztags an Schule, Grundlagen, Strukturen, Planungen zur Niederschrift der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor, der bereits bearbeitet wurde.

Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall. Die Niederschrift ist damit festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Anfrage des Ausschussmitglieds Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Jugendarbeit in Schlutup Vorlage: VO/2019/07297

Anfrage:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 8. November 2018 unter dem Tagesordnungspunkt „Jugendarbeit in Schlutup“ einstimmig beschlossen:

„Dem Jugendhilfeausschuss ist im März 2019 zu berichten. Die entsprechende Sitzung des Ausschusses findet im „Zollhaus“ statt.“

Am 26. Februar hat unsere Fraktion die Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss auf diesen Sachverhalt hingewiesen und daraufhin mitgeteilt bekommen:

„Am 08.11.2018 wurde beschlossen, dass der JHA, in dem über die Jugendarbeit in Schlutup berichtet wird, im Zollhaus stattfinden wird. Da wir es leider nicht geschafft haben den Bericht fertig zu bekommen, wird in der März-Sitzung auch noch nichts in der Hinsicht berichtet. Daher müssen wir auch nicht im Zollhaus tagen.“

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen:

Was hätte der Jugendhilfeausschuss im November beschließen müssen, damit die März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses tatsächlich im „Zollhaus“ hätte stattfinden können?

Was hätte der Jugendhilfeausschuss im November beschließen müssen, um in der März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses tatsächlich einen Bericht der Verwaltung zur Zukunft der Jugendarbeit in Schlutup zu erhalten?

Im Jugendhilfeausschuss am 6. Dezember ist umfassend zum Sachstand der Standortsuche berichtet worden.

Warum sieht sich die Verwaltung nicht in der Lage, heute einen weiteren Zwischenbericht zu den in den vergangenen drei Monaten erfolgten weiteren Abklärungen zu geben?

Die Beauftragte für Kinder- und Jugendbeteiligung der Hansestadt Lübeck, Frau Möller, hat im Jugendhilfeausschuss am 6. Dezember erläutert, dass im Zeitraum Dezember bis Februar die Beteiligung zum Angebot und zum Standort erfolgen wird.

Warum wird von der Verwaltung heute nicht über die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses berichtet?

Herr Puhle erklärt, dass der ursprüngliche Vorschlag der SPD war, dass vor der Sommerpause berichtet werden solle. Jedoch wurde der Änderungsvorschlag der CDU, bereits im März zu berichten, vom Ausschuss beschlossen. Die Verwaltung gab zu bedenken, dass die angesetzte Frist wahrscheinlich nicht eingehalten werden könne.

Der abschließende Bericht zur Standortsuche wie auch zum Beteiligungsprozess wird in der Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 06.06.2019 erfolgen; Sitzungsort wird die Willy-Brandt-Schule in Schlutup sein.

zu 4.2 AM Jörn Puhle: Kindertagespflege Vorlage: VO/2019/07499

Anfrage:

1. *Wie viele Zusammenschlüsse von Kindertagespflegepersonen gibt es aktuell in Lübeck (Stichtag 1.4.2019)?*

2. *Wie viele Kinder wurden in den unter Punkt 1) genannten Zusammenschlüssen betreut (Stichtag 1.4.2019)?*

3. *Nach welchen Kriterien werden die in Abschnitt 3 der "Richtlinie über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck" genannten Punkte bewertet, damit eine verlässliche Anbindung des Kindes an eine Kindertagespflegeperson gewährleistet ist, um einen Zusammenschluss von zwei Kindertagespflegepersonen zu genehmigen?*

4. *Welche geeigneten organisatorischen Vorkehrungen müssen bei einem Zusammenschluss gewährleistet sein (KitaVO §12 (1)), damit für das Kind stets erkennbar immer die gleiche Kindertagespflegeperson für seine Betreuung, Bildung, Erziehung sorgt?*

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 4.3 AM Jörn Puhle: Budgetgespräche Vorlage: VO/2019/07497

Anfrage:

1) *Wie ist der Ablauf der Budgetgespräche (zeitlich/organisatorisch)?*

2) *Wie wird sichergestellt, dass die Reduzierung der Schließtage in Kita/Schulbetreuung auch von den freien Trägern gemäß Bürgerschaftsbeschluss spätestens ab 2020 verbindlich eingehalten wird?*

3) *Wie wird verbindlich geregelt, dass die Gelder aus der Kita-Reform speziell für die Reduzierung des Fachkräftemangels/Fortbildung des Personals auch von den freien Trägern in Lübeck explizit hierfür verwendet werden?*

4) Wie wird verbindlich mit den freien Trägern geregelt, dass die Kitagebühren für die Eltern in gleicher Höhe garantiert bzw. bestenfalls reduziert werden? Also, dass keine Erhöhung bis zur Maximalgrenze erfolgt, nur weil es evtl. möglich wäre.

5) Wird bei der Kalkulation der Kosten eines durchschnittlichen Kitaplatzes auf die Modell-Kita zurückgegriffen, die die Basis für die Kita-Reform des Familienministers S-H bildete?

6) Wie setzen sich die Elternbeiträge zusammen? Welche einzelnen Posten sind bei der Kalkulation enthalten? Sind diese trägerübergreifend einheitlich gestaltet?

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 4.4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.4.1 Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Weiher gibt bekannt, dass der Senat in Abstimmung mit dem Bürgermeister vor dem Hintergrund der zunehmenden Anfragen in den Fachausschüssen ein einheitliches Vorgehen zur Beantwortung der Anfragen vereinbart habe. Mündliche Anfragen sowie kurzfristig eingereichte schriftliche Anfragen werden zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet. Schriftliche Antworten durchlaufen vorab den Senat. Frau Weiher erklärt den Hintergrund dieser Regelungen mit einer Sicherstellung der sachlichen Klarheit und der Qualität der Antworten. Diese Vorgehensweise sei ab dieser Sitzung gültig.

Herr Kerlin (FDP) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Kerlin fragt, welche zeitliche Vorlaufzeit für eine schriftliche Anfrage gegeben sein muss, damit sie direkt in der nächsten Sitzung behandelt werde. Frau Weiher antwortet, dass der Zeitraum bis zur nächsten Sitzung drei Wochen betragen sollte. Daraus ergibt sich aber kein direkter Anspruch auf Beantwortung, da es auch auf das Ausmaß der Anfrage ankäme.

Anmerkungen außerhalb der Niederschrift: Die Anfrage muss drei Wochen vor Ausschusssitzung in Allris eingestellt sein.

zu 5 Berichte

zu 5.1 mdl. Bericht Öffentlichkeitsarbeit im Pflegekinderwesen

Frau Junghans berichtet, dass die Anzahl von Pflegekindern – u. a. auch im Ausland – steige und man den Blick auf diesen Aspekt legen solle. Gemeinsam mit der AWO hat die Familienhilfe einen Internetauftritt erstellt, der grundsätzliche Fragen zu Pflegekindern und Pflegefamilien aufgreift und beantwortet.

Frau Bordukat (AWO) und Herr Wiegert berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über die Entwicklung des Pflegekinderwesens. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Weiterhin stellen Sie die Internetseite www.pflegekinder-luebeck.de vor.

Herr Müller (Die Linken) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Müller fragt nach, warum die Planungszahlen geringer ausfallen als die aktuellen Zahlen. Herr Wiegert antwortet hierzu, dass die Fallzahlen aktuell sinken.

Frau Hildebrand fragt nach Lösungsvorschlägen der HL zu dem immer kleiner werdenden Bestand von Pflegefamilien. Herr Wiegert berichtet hierzu, dass Öffentlichkeitsarbeit nur ein kleiner Baustein sei und eine kontinuierliche Weiterentwicklung sowie Mund-zu-Mund-Propaganda sehr wichtig seien; Pflegefamilien müssen gut unterstützt und beraten sowie adäquat entlohnt werden.

Frau Petereit fragt nach den Kriterien, die eine Pflegefamilie erfüllen muss. Herr Wiegert beantwortet diese Frage.

Herr Wargenau fragt nach der Messbarkeit des Erfolgs der Pflege. Frau Bordukat beantwortet diese Frage.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.2 mdl. Bericht Sachstand Unterhaltsvorschuss

Herr Claßen berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Sachstand zum Unterhaltsvorschuss. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann erklärt Herr Claßen, dass eine Erhöhung des Kindergeldes lt. Gesetz in voller Höhe angerechnet wird und der Unterhaltsvorschuss somit reduziert würde.

Frau Hildebrand bedankt sich für die Ausführungen und möchte wissen, ob die aufgrund der gestiegenen Fallzahlen gestiegenen Personalkosten vom Land subventioniert werden. Herr Claßen bejaht dieses. Frau Hildebrand bemerkt weiterhin, dass man Abläufe – auch auf Landesebene – vereinfachen müsse.

Auf Nachfragen zur Verrechnung des Kindergeldes von Frau Weiher und zur Handhabung bei der Betreuung durch beide Elternteile von Herrn Kerlin, antwortet Herr Claßen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller erklärt Herr Claßen, dass bei ungefähr 3.400 Leistungsempfängern die Rückholquote bei ca. 15 % liege, somit ca. 85 % nicht einholbar seien.

Frau Schmittner fragt nach dem bevorstehenden Umzug in den Meesenring. Herr Claßen teilt abschließend mit, dass die Abteilung Unterhaltsvorschuss des Bereiches Familienhilfen in die Gebäude am Meesenring umzieht und mit dem Bürgerservice gekoppelt wird.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.3 Statistik und Bericht Familien- und Bildungsportal 2010 - 2018 Vorlage: VO/2019/07287

Frau Weiher berichtet über die Zusammenführung, Modernisierung und Aktualisierung des Familienportals und Bildungsportals in 2018.

Mit der Modernisierung werde auch wieder verstärkt in der Öffentlichkeit auf das Portal hingewiesen. Die Seitenbesuche sind von 2010 bis 2018 insgesamt gestiegen und liegen im neuen Portal deutlich über den bisherigen Zahlen; aktuell über 30.000 Besuche pro Monat. Die guten Zahlen werden durch positive Rückmeldungen von Trägern und Multiplikatoren wie Beratungsstellen bestätigt. Die Modernisierung und Öffentlichkeitsarbeit haben sich ausgezahlt. Charakter, Form und Inhalte des Portals haben sich bewährt.

Bericht:

Das Familien- und Bildungsportal wurde im Jahr 2018 überarbeitet. Neben der Modernisierung des Layouts und technischen Aktualisierungen wurde das Portal übersichtlicher strukturiert und die Suchfunktion verbessert. Barrieren wurden durch Seiten in Fremdsprachen, Leichter Sprache und Links zu Gebärdenvideos und eine Vorlesefunktion reduziert. Informationen für spezielle Zielgruppen (Geflüchtete; Menschen mit Förderbedarf oder Behinderung; Alleinerziehende) wurden gebündelt. Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung und Nutzung des Portals seit der Einführung 2010/11.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<p>zu 5.4 Bericht Ganztage an Schule: Kommunale Förderung in der SEK I und an Förderzentren in der Hansestadt Lübeck</p> <p>Jugendorientierte Ganztageentwicklung in Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern Vorlage: VO/2019/07480</p>

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

<p>zu 5.5 Bericht Beteiligung von Kinder und Jugendlichen zum Standort Jugendarbeit Schlutup Vorlage: VO/2019/07481</p>

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

<p>zu 5.6 Jugendtreff AWO Zollhaus - Bericht Standortsuche Vorlage: VO/2019/07504</p>

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

<p>zu 6 Beschlussvorlagen</p>

Es liegt nichts vor.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 7.1 DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992
Vorlage: VO/2019/07052**

Herr Puhle verweist auf den TOP 7.1.1, da der TOP 7.1 dort bereits beantwortet wurde.

**zu 7.1.1 Bericht zum Antrag der Fraktion: DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992
Vorlage: VO/2019/07052-01**

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Bericht zum Thema „Inklusion in Kitas“ vorzulegen und u.a. mitzuteilen:

- 1. Wie viele Betreuungsverträge in den Kindertageseinrichtungen durch die Hansestadt aufgrund Punkt 16 der Entgeltordnung gekündigt wurden und*
- 2. Welche Maßnahmen die Hansestadt Lübeck nach einer Kündigung des Betreuungsvertrages ergreift um die weitere Kinderbetreuung für die betroffene Familie sicherzustellen*

Frau Schulte-Ostermann bittet darum, dass das Rechtsamt § 16 der Entgeltordnung und die in dem Bericht der Stadt angeführten Gründe gegen Inklusion in Kindertageseinrichtungen Lübecks auf rechtliche Wirksamkeit/Rechtmäßigkeit prüft.

Frau Weiher sagt eine Prüfung durch das Rechtsamt zu.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 7.2 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06759 behandelt in der Sitzung vom 29.11.2018 mit TOP 5.18. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag der Freien Wähler & GAL und FDP: Austauschvertrag zu VO/2018/6750 [Freie Wähler & GAL: Ganzjährige Aufnahme von Kindern in städtischen Kitas ermöglichen]
Vorlage: VO/2019/07223**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung zu VO/2019/07088
Vorlage: VO/2019/07292**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen im Sommer 2019 ein Konzept für ein bedarfsorientiertes Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten vorzulegen.

Dieses Konzept soll aufzeigen:

- *wie die Verwaltung innerhalb von fünf Jahren die Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesstätten auf mindestens 50 Prozent erhöhen kann und*
- *wie die Verwaltung innerhalb von fünf Jahren die Versorgungsquote für Kinder ab 3 Jahren in Kindertagesstätten auf mindestens 98 Prozent erhöhen kann.*

Die erforderlichen Finanzmittel sind in den Entwurf des Haushaltsplanes 2020 einzuarbeiten. Es ist weiterhin darzulegen, welche Schritte die Verwaltung ergreifen wird, damit das für die neuen Kindertagesstätten erforderliche Personal gewonnen werden kann.

Frau Petereit erklärt ihren Antrag kurz.

Frau Weiher teilt hierzu mit, dass die Kitaplanung der HL in den letzten Jahren immer zufriedenstellend gewesen sei. Die Versorgungsquote für den U3-Bereich läge bei 40% und für den Ü3-Bereich bei 90%, das Versorgungsziel solle auf 95% erhöht werden. Es seien derzeit 10 neue Kindertagesstätten geplant. Des Weiteren müsste aber auch der Fachkräftemangel beachtet werden.

Frau Schulte-Ostermann begrüßt den Antrag.

Frau Petereit erklärt hierzu, dass dem Antrag ein Prozesscharakter zuzuordnen sei und auf einen längeren Zeitraum von einigen Jahren abziele.

Frau Schmittner bestätigt eine gute Kitaplanung der HL durch Frau Heidig, berichtet aber auch, dass einige Fälle bekannt seien, bei denen ein Wechsel von der Tagespflege in die Kita aufgrund mangelnder Plätze nicht möglich gewesen sei.

Frau Schulte-Ostermann gibt zu bedenken, dass der Versorgungsbedarf im Zuge der Beitragsfreiheit noch steigen wird.

Herr Jürgensen betont noch einmal, dass die Jugendhilfeplanung zukunftsorientiert arbeitet und dass in der nächsten Planung im Ü3-Bereich eine Versorgungsquote von 95 % angestrebt wird.

Herr Puhle merkt an, dass die Jugendhilfeplanung bereits beschlossen sei.

Des Weiteren erläutert Herr Puhle, dass ein neues Kita-Gesetz durch Erhöhung des Fachkräfteschlüssels eine qualitative Verbesserung bewirken soll, dieses wird jedoch den bereits jetzt bestehenden Fachkräftemangel noch vergrößern. Infolgedessen sei es wichtig, bereits bei der Ausbildung von Fachkräften anzusetzen, was wiederum dem Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ zugeordnet werden solle.

Auf eine Nachfrage von Frau Hildebrand berichtet Frau Weiher, dass die HL sich für das Bundesprogramm Fachkräfteoffensive beworben (Entgelt ab dem 1. Ausbildungsjahr) hätte.

Frau Prüß lobt die Arbeit von Frau Heidig und macht darauf aufmerksam, dass die Stellenbesetzung aufgrund des Fachkräftemangels in allen Bereichen schwierig sei.

Frau Mentz (Freie Wähler und GAL) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung widerspricht.
Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Weiher berichtet aufgrund der Nachfrage von Frau Mentz, dass die HL in Kooperation mit der Kinderwege GmbH Quereinsteigsprogramme entwickelt und bei dem Bundesprogramm Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) 20 Plätze angemeldet hätte. Herr Jürgensen ergänzt dazu, dass die freien Träger weitere Plätze anmelden können.

Herr Puhle informiert diesbezüglich über die am 22.05.2019 stattfindende Veranstaltung der SPD: „Ausbildung in HL“

Frau Petereit sieht die Wortmeldungen als Bestätigung für die Erstellung eines Konzeptes.

Herr Puhle befürchtet, dass eine Umsetzung des Antrages abgelehnt wird und schlägt vor, den Antrag im Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ zu behandeln.

Frau Petereit möchte dennoch über den Antrag abstimmen lassen.

Herr Puhle lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 3

**zu 8.2 AT zu VO/2019/07323 Antrag der AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen), Thorsten Fürter und André Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen), Katjana Zunft (Die Linke) und Thomas Misch (FW/GAL): Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung zu VO/2019/07088
Vorlage: VO/2019/07328**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss und dem Hauptausschuss rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen im Sommer 2019 ein Konzept für ein bedarfsorientiertes Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten vorzulegen.

Dieses Konzept soll aufzeigen:

- *wie die Verwaltung innerhalb von fünf Jahren die Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesstätten auf mindestens 50 Prozent erhöhen kann und*

- *wie die Verwaltung innerhalb von fünf Jahren die Versorgungsquote für Kinder ab 3 Jahren in Kindertagesstätten auf mindestens 98 Prozent erhöhen kann.*

Die erforderlichen Finanzmittel sind in den Entwurf des Haushaltsplanes 2020 einzuarbeiten.

Es ist weiterhin darzulegen, welche Schritte die Verwaltung ergreifen wird, damit das für die neuen Kindertagesstätten erforderliche Personal gewonnen werden kann.

Herr Puhle befürchtet, dass eine Umsetzung des Antrages abgelehnt wird und schlägt vor, den Antrag im Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ zu behandeln.

Herr Puhle lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1

Nein-Stimmen: 10
Enthaltungen: 3

zu 9 Verschiedenes

Frau Weiher weist auf eine Veranstaltung/Fortbildung der FH Kiel und der „Kieler Scholle“ hin; es wird der entsprechende Flyer umverteilt.

Lübeck, den 29. Mai 2019

Jörn Puhle
Vorsitzende/r

Frau Sabine Schulz
Protokollführung